



**Die Verbände der Arbeitgeber, Angestellten und Arbeiter
im Jahre 1912**

Deutsches Reich

Berlin, 1914

2. Christliche Gewerkschaften und Deutsche Gewerkvereine (H. D.).

[urn:nbn:de:hbz:466:1-82672](#)

Dennoch betragen die persönlichen Verwaltungsausgaben der Hauptklasse nur etwa $\frac{1}{3}$ der Gesamtausgabe aller Gewerkschaften, die sachlichen etwa die Hälfte; die Verwaltungskosten der Lokal- und Gaukassen aber ungefähr $\frac{3}{4}$. Das ist im Sinne starker Dezentralisation der Verwaltung, die im Gefolge der Konzentration auftritt, zu deuten.

2. Christliche Gewerkschaften und Deutsche Gewerksvereine (G.D.).

Der durchschnittliche Anteil der Unterstüzungsausgaben bei den freien Gewerkschaften beträgt:

1909 1910 1911 1912

v. H. der Gesamtausgaben . 62,2 67,0 68,7 59,7

Er ist bei den G.D. Gewerksvereinen nicht sehr wesentlich verschieden, betrug nämlich:

1909 1910 1911 1912

v. H. der Gesamtausgaben . 59,1 58,2 64,2 66,2

Dagegen ist der Anteil bei den christlichen Gewerkschaften wesentlich geringer, wie folgende Zahlen darstellen:

1909 1910 1911 1912

v. H. der Gesamtausgaben . 40,5 46,4 44,1 36,0

Hieran sind die gegenüber den freien Gewerkschaften wesentlich geringeren durchschnittlichen Streikausgababen beteiligt. Betrugen sie bei der erstgenannten Gruppe zwischen 13,7 und 32,9 v. H., so bewegten sie sich bei den christlichen Gewerkschaften folgendermaßen:

1909 1910 1911 1912

v. H. der Gesamtausgaben . 12,7 25,2 22,6 12,5

Die Ausgabe der G.D. Gewerksvereine für Streiks und Aussperrungen ist nur in einem Jahre höher als die der christlichen Gewerkschaften gewesen und dürfte wohl die niedrigste der drei Gruppen sein. Die Streikausgabe betrug:

1909 1910 1911 1912

v. H. der Gesamtausgaben . 5,7 11,9 14,4 14,9

Dabei ist jedoch daran zu erinnern, daß die Streikausgaben bei den christlichen Gewerkschaften wie auch bei den Gewerksvereinen (G.D.) die Maßregelungssausgaben mit umfassen, so daß sich der Abstand gegenüber den freien Gewerkschaften nicht unerheblich steigert. Wurden doch von diesen im Durchschnitt aller Verbände 1909 bis 1912 zwischen 1,4 und 2,8 v. H. der Gesamtausgabe bei Maßregelfällen aufgewendet.

Betrachtet man die Ausgaben im einzelnen, so zeigt sich die sprunghafte Entwicklung, die für Berufsvereine bezeichnend ist. Eine Entwicklung zum Industrieverband ist, wie im vorigen Abschnitt schon dargelegt wurde, bei den christlichen Gewerkschaften und den Gewerksvereinen jedenfalls erst in den Anfängen bemerkbar. Allerdings fand bei den ersten auch vom Anfang der Bewegung an eine wesentlich größere berufliche Konzentration statt, die das Bedürfnis nach Industrieverbänden in geringerem Maße aufkommen läßt.

Die Streikausgaben wechseln beim christlichen Gewerksverein der Bergarbeiter zwischen 1,2 und 15,4 v. H. der Gesamtausgabe, beim Bauarbeiterverband sogar zwischen 6,4 und 62,2 v. H. Viel gleichmäßiger gestaltet zeigen die Verbände der Holzarbeiter (zwischen 18 und 29 v. H.), der Keram- und Steinarbeiter

(zwischen 22 und 44 v. H.), der Lederarbeiter (zwischen 17 und 34 v. H.). Dagegen verausgaben die christlichen Metallarbeiter 1909 nur 6,0, 1911 aber 29,4 v. H. der Gesamtausgabe bei Streiks usw., die Tabakarbeiter 1909 13,3, 1911 75,1 v. H. Mehrere der genannten Verbände — Keram- und Steinarbeiter, Holzarbeiter, Lederarbeiter (die auch Schuhmacher, s. o., umfassen) — stellen eine Zusammenfassung mehrerer Berufe im verkleinerten Maßstab des Industrieverbandes dar, vermögen dadurch das Streikrisiko auf breitere Schultern zu verteilen und sind also mit ihren gleichmäßigeren Anteilsziffern im Sinne der bei den freien Gewerkschaften gemachten Ausführungen über den Einfluß der Konzentration zu deuten.

Bei den Gewerksvereinen (G.D.) zeigt der größte Verband, jener der Maschinenbauer und Metallarbeiter, eine nicht allzu starke zeitliche Verschiebung im Anteil der Streikausgabe; obwohl dieser allgemein höher ist als der für die Gesamtheit der Gewerksvereine festgestellte, obwohl damit an sich die Möglichkeit größerer Verschiedenheit gegeben wäre, schwankt der Anteil nur annähernd zwischen $\frac{1}{10}$ und $\frac{2}{10}$ der Gesamtausgabe. Dies kann, da sich in diesem Verband verschiedene Berufe (allerdings meist gleicher Arbeiter) zusammenfinden, für die obige Beweisführung vorgebracht werden. Auch der, gleichfalls beruflich gemischte, Fabrikarbeiterverband zeigt keine große Gegensätzlichkeit in den Anteilszahlen der Streikausgaben, die mit einer Ausnahme zwischen 7,8 und 9,7 v. H. schwanken. Dagegen sank der Anteil bei den Bauhandwerkern von (1910) 42,2 auf (1911) 17,4 und 1912 auf 15,8 v. H.

Die Arbeitslosenunterstützung ist bei den christlichen Gewerkschaften mit der Reiseunterstützung zusammengefaßt; dagegen verzeichnen die G.D. Gewerksvereine eine eigene, im Durchschnitt der Verbände nie 1 v. H. erreichende Umzugsunterstützung. Bei den freien Gewerkschaften hatte der Anteil der Reiseunterstützungsausgaben im Durchschnitt der Verbände 1,7 bis 2,4 v. H., jener der Umzugsunterstützung stets unter 1 v. H. betragen. Die so bewirkten formalen Verschiebungen sind bei der Gegenüberstellung zu würdigen.

Die Arbeitslosenunterstützung beträgt bei den G.D. Gewerksvereinen wesentlich größere Bruchteile der Gesamtausgabe als bei den christlichen Gewerkschaften, bleibt aber hinter jener der freien Gewerkschaften zurück. Der Höchststand des Jahres 1909 (5,1 v. H. bei den christlichen Gewerkschaften, 13,1 v. H. bei den G.D. Gewerksvereinen), ist in keinem der drei folgenden Jahre wieder erreicht worden, indessen zeigt sich im Berichtsjahr eine leichte Anspannung: 3,9 bzw. 9,7 v. H. gegenüber 3,5; 3,4 bzw. 8,7; 8,2 v. H. 1911 und 1910. Ihrem Wesen nach wechselt die Höhe des Anteils der Arbeitslosenunterstützungsausgaben in viel geringerem Maße, als dies bei der Streikausgabe beobachtet wurde. Doch zeigen beruflich weitgreifende Verbände wie die der christlichen Holzarbeiter, der Keram- und Steinarbeiter, der Textilarbeiter u. a. im allgemeinen etwas geringere Schwankungen als enge Berufsvereine wie der Gutenbergbund, der Malerverband u. a. Bewegt sich z. B. der Anteil der Arbeitslosenunterstützung bei den beiden letztgenannten Organisationen zwischen 0,8 und 3,9 v. H. bzw. zwischen 13,8 und 29,3 v. H., so ist der Rahmen bei den Holzarbeitern nur: 9,2 bis 15,9 v. H.; bei den

Keram- und Steinarbeitern: 2,₆ bis 4,₂ v. H.; bei den Textilarbeitern: 5,₈ bis 10,₀ v. H. Hier scheint neben anderen, vielleicht formalstatistischen und bilanztechnischen Gesichtspunkten doch auch die in einem beruflich reicher gegliederten Verband erleichterte Risikenverteilung mitzuwirken.

Bei den Gewerkvereinen (G.D.) sind Grenzfälle, die möglicherweise auch in dem genannten Sinne gedeutet werden können, etwa im Bauhandwerkerverband, wo der Anteil der Arbeitslosenunterstützungsausgaben zwischen 1,₈ (1910) und 24,₄ (1911) v. H. schwankt, und dem Maschinenbauerverband, wo sich die Spannung auf nur 9,₃ (1910) bis 16,₂ (1909) v. H. der Gesamtausgabe beläuft, gegeben. Während der Jahre 1910 bis 1912 ist der Anteil bei den Fabrikarbeitern regelmäßig etwas über 4 v. H., bei Schuhmachern und Lederarbeitern, einem gleichfalls auf verschiedene Berufe mit verschiedenem Arbeitslosenrisiko übergreifenden Verbande, zwischen 7 und 12,₂ v. H. gewesen.

Über die wirkliche Höhe der einzelnen Bilanzposten bei den christlichen Gewerkschaften und G.D. Gewerkvereinen mögen einige Angaben folgen. Die Gesamteinnahme stieg bei der erstgenannten Gruppe von 6 243 642 M (1911) auf 6 608 350 M (1912), die Ausgabe sank von 5 299 781 M (1911) auf 5 222 727 M (1912). Das Vermögen vermehrte sich sehr beträchtlich von 7 082 942 M auf 8 575 658 M. Bei den G.D. Gewerkvereinen ist eine gleichmäßige, doch geringere Zunahme bei allen drei Posten erfolgt; die Einnahmen waren 1912 2 786 329 M, die Ausgaben 2 345 292 M (auschl. 116 425 M neuangelegte Gelder), das Vermögen 4 500 086 M.

Bei den christlichen Gewerkschaften sind die Streikausgaben im Berichtsjahr sehr stark, von (1911) 1 199 598 Mark auf 654 323 M gefunken. Dagegen erfuhr die Arbeitslosenunterstützung im Einklang mit der allgemeinen Wirtschaftslage eine Erhöhung auf 201 223 M, das Krankengeld eine solche auf 761 293 M, „sonstige Unterstützungen“ auf 57 611 M. Die Verwaltungsausgabe war für Gehälter 170 754 M, im übrigen 259 936 M, auf die Lokalkassen entfielen 1 145 722 M. „Sonstige“ Ausgaben entstanden in Höhe von 203 028 Mark.

Bei den G.D. Gewerkvereinen stieg die Ausgabe für Streik, Maßregelung und Aussperrung von (1911) 332 584 M auf 348 939 M, desgleichen die Arbeitslosenunterstützung von 200 638 M auf 226 776 M. Auch die Ausgaben bei Krankheitsfällen wuchsen von 739 483 M auf 766 530 M. Persönliche und sachliche Verwaltungskosten der Hauptkasse entstanden in Höhe von 117 670 M (gegen 138 612 M 1911), solche der Ortsvereine in Höhe von 218 538 M (gegen 241 132 M 1911).

In reicherer Gliederung und geschichtlicher Beleuchtung wurden die Rechnungsergebnisse im vorjährigen Sonderheft S. 56*/57* zur Darstellung gebracht, auf die verwiesen wird.

3. Die unabhängigen Vereine.

Auf Grund des für 1912 erweiterten Fragebogens (vgl. S. 9* u. 40) hat sich folgendes ergeben:

Die Polnische Berufssvereinigung hatte 1912: 848 243 Mark Einnahmen aus Beiträgen, 335 895 M Einnahmen aus anderen Quellen (darunter 264 476 M

von der Bank entnommen, 27 207 M Zinsen, 14 097 M Eintrittsgelder, 12 367 M zurückgezahlte Streikgelder). Diesen 1 184 138 M stehen 908 315 M Ausgaben gegenüber. Unter ihnen spielt die Streikausgabe, die in der Übersicht mit 309 542 M eingesezt ist, eine entscheidende Rolle. Nach diesem Posten sind die zwei größten für Krankengeld mit 161 410 M und für „sonstige Ausgaben“ mit 153 033 M; unter letzteren befinden sich Anteile der Lokalkassen mit 134 979 M.

Die Arbeitslosenunterstützung tritt demgegenüber mit 27 078 M wesentlich zurück, verhältnismäßig hoch ist dagegen mit 10 854 M die vereinigte Reise- und Umzugsunterstützung. Verwaltungskosten sind mit 37 035 M (persönliche) + 36 241 M (sachliche) eingesezt. Die Rechtsschutzausgabe war hoch, 41 816 M.

Nur noch drei kleinere Verbände dieser Gruppe, die sich aus sehr verschiedenenartigen, nur zum geringeren Teile gewerkschaftlichen Organisationen zusammensetzt, weisen eine geringe Streikausgabe auf: der Internationale Graveurverband der Stoffdruckindustrie (4882 M), der Deutsche Portierverband (42 M) und der Zentral-Verband der Theater- und Kinoangestellten (600 M).

Etwas stärker ist die Arbeitslosenunterstützung vertreten. Neben der Polnischen Berufssvereinigung war sie noch bei 9 Verbänden, darunter den drei zuletzt genannten, ferner beim Freien Maschinisten- und Heizerbund, beim Deutschen Uhrmacher-Gehilfen-Verband, beim Verband der Malletiere usw., beim Brauergesellenbund, beim Verband deutscher Köche, beim Gewerbegehilfinnenverband eingeführt. Reise- oder Umzugsunterstützung findet sich bei den genannten Organisationen ver einzelt.

Der Nachdruck im Unterstützungswesen liegt bei der Notfallunterstützung im engern Sinne. Doch konnte auch diese nur sehr unvollständig erfaßt werden. Denn die weitaus größte Organisation dieser Gruppe, der Verband der Preußisch-Hessischen Eisenbahnervereine, legt den Schwerpunkt seiner Tätigkeit auf die Einzelvereine, deren Unterstützungswesen im vorjährigen Bericht geschildert wurde. Verwaltungsausgaben entstanden hier nur im Betrag von wenigen hundert Mark. Auch sonst sind die Verwaltungsausgaben in dieser Abteilung meist sehr gering; im Falle des Verbandes Deutscher Eisenbahnerhandwerker spielen persönliche Ausgaben für Rechtsschutz, Bildungszeuge usw. bei der Gesamtausgabe für persönliche Verwaltungskosten von 32 925 M eine Rolle. Die internationale Eigenart einzelner Verbände läßt ferner eine endgültige Ausscheidung der auf Deutschland treffenden Ausgaben nur bedingt zu. Sehr hoch ist wiederholt die Ausgabe für das Verbandsorgan; sie beträgt z. B. beim letzten genannten Verband bei einer Gesamtausgabe von 203 524 M: 105 794 M, beim Internationalen Verband der Köche bei einer Gesamtausgabe von 204 545 M: 81 429 M.

Verweilt man noch bei der Zusammensetzung der Einnahme der verschiedenen Organisationen, so sind Besonderheiten vor allem für den Verband der Preußisch-Hessischen Eisenbahnervereine wahrzunehmen. Hier werden keine Mitgliederbeiträge erhoben, die 15 877 M sonstige Einnahmen sind zum größeren Teile Bezugsgebühren aus der Monatsschrift, zum kleineren Teil Zinsen.